



Berliner Kurier | Berlin | Kiez und Stadt

## Moscheegründerin Seyran Ates: Ein Leben unter Polizeischutz

Von Gerhard Lehrke | 04.07.17, 07:52 Uhr



Seyran Ates fragt sich selbst jeden Tag: „Was hast du gegen den Extremismus getan?“

Foto: Bernd Friedel

**Berlin** - Rechtsanwältin und Moschee-Gründerin Seyran Ates lebt seit Wochen unter Polizeischutz (KURIER berichtete), verlässt seltener ihre Wohnung. Wenigstens gegen den Bewegungsmangel kann sie etwas tun: „Ich habe mir ein Laufband gekauft.“

Seit Ates im Juni die liberale Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Moabit eröffnet hatte, wird sie beschimpft und bedroht – und macht sich jetzt erneut zur Zielscheibe von Extremisten: Sie ist Sprecherin der europäischen Bürgerinitiative „Stop Extremism“. Die will per Unterschriftensammlung die EU-Kommission dazu bringen, eine Anti-Extremismus-Richtlinie zu erlassen.

Die Vorstellung der Kampagne zeigte, wie Ates leben muss: Schon vorher standen Zivilbeamte vor dem Haus der Bundespressekonferenz am Schiffbauerdamm, sie kam in einem gepanzerten BMW mit Fahrer und weiteren Beamten.

### **"Ich liebe dieses Land dafür, dass es Demokratie und Rechtsstaat pflegt und schützt"**

Ates: „Ich nehme das auf mich.“ Auch wenn sie hoffe, dass der Schutz nicht ihr Leben lang anhalten müsse. Mit der ständigen Begleitung durch Zivilbeamte sei es genau so, wie man sich das vorstelle: „Ich war schon immer häuslich, und jetzt bin ich es noch mehr.“ Die Einschränkungen seien kein so hoher Preis angesichts der Frage, die sie sich jeden Tag stelle: „Was hast du gegen Extremismus getan?“

Für den Schutz sei sie dankbar, sonst hätte sie ihre Arbeit keinen Tag lang fortsetzen können: „Ich liebe dieses Land dafür, dass es Demokratie und Rechtsstaat pflegt und schützt.“ Es wäre schön, wenn das auch für das zweite von ihr geliebte Land gelten würde – die Türkei. Mit deren staatsnahen Medien ging sie hart ins Gericht: Die verbreiteten Lügen wie die, dass sie Terroristin sei.

„Stop Extremism“ hat sie mit dem früheren österreichischen Grünen-Abgeordneten Efgani Dönmez und dem österreichischen Verfassungsrechtler Sebastian Reimer ins Leben gerufen.

## **"Anti-Extremismus-Gütesiegel"**

Sie wollen binnen eines Jahres eine Million Unterschriften aus mindestens sieben EU-Staaten für eine EU-Richtlinie sammeln. Sie soll unter anderem dafür sorgen, dass Frauen und Kinder von ihren Männern und Vätern nicht an Bildung und Arbeit gehindert werden, dass die Wirtschaft nicht unter Extremismus leidet und die Staaten Europas sich beim Versuch, Terror abzuwehren, nicht voneinander abschirmen. Der Entwurf der Richtlinie sieht vor, dass die EU-Staaten festlegen, wer Extremist ist. Die Festlegung soll durch Gerichte erfolgen.

Ates und ihre Mitstreiter schlagen vor, dass Extremisten auf einer EU-Warnliste geführt werden. Arbeitnehmer, die sich zum Beispiel antisemitisch äußern, sollen ohne Abfindung entlassen werden können. Umgekehrt dürfe ein Arbeitnehmer sofort gehen, wenn sein Chef extremistische Meinungen äußert, und soll Anspruch auf Schadenersatz bekommen. Extremistische Organisationen sollen darlegen müssen, von wem sie finanziell unterstützt werden.

Dafür sollen Organisationen oder Firmen, die sich klar auf die europäische Grundrechte-Charta berufen, ein „Anti-Extremismus-Gütesiegel“ führen dürfen.

Infos: [www.stopextremism.eu](http://www.stopextremism.eu)